

14. Dezember 2007, 12:16 Uhr

VON PHILIPP NEUMANN

BUNDESTAG

Schulterschluss der Parteien für den Mindestlohn

Mit großer Mehrheit hat der Bundestag den Post-Mindestlohn beschlossen. Dabei kam es zu einem seltenen Bild: Abgeordnete der Union und der Linken stimmten für ein und dieselbe Sache. Erbst gab sich einzig die FDP. Für Parteichef Westerwelle bedeutet die neue Regelung "Planwirtschaft wie in der DDR".



Der Bundestag stimmt dem Post-Mindestlohn zu

Foto: DPA

Guido Westerwelle war der Buhmann. Der FDP-Partei- und Fraktionschef war am Vormittag der einzige, der sich im Bundestag gegen einen Mindestlohn für Briefträger aussprach. Die anderen Parteien – CDU, CSU, SPD, Grüne und die Linkspartei – waren nahezu geschlossen dafür. Eine seltene Konstellation. Westerwelle war es dann auch, der für seine Haltung gegen Mindestlöhne im Allgemeinen und den Post-Mindestlohn im besonderen verbale Prügel bezog, auch von der Opposition. Am Ende stimmten nur 70 von 552 Abgeordneten gegen den Post-Mindestlohn; 16 enthielten sich.

[Auf der Seite \[abgeordnetenwatch.de\]\(http://abgeordnetenwatch.de\) können Sie nachvollziehen, welcher Abgeordnete wie abgestimmt hat.](#)

Der Mindestlohn für Briefträger sei „eine der folgenschwersten Entscheidungen gegen die soziale Marktwirtschaft“, klagte Westerwelle. Die Festsetzung von Löhnen durch den Staat sei „Planwirtschaft wie in der DDR, nur ohne Mauer“. Dass die Union dies mitmache, sei „enttäuschend und empörend“. „Wo sind die Mittelständler der Union?“, rief der FDP-Chef. Er verwies darauf, dass das Entsendegesetz, das nun auf Briefdienstleister ausgedehnt werden soll, ursprünglich geschaffen worden sei, um deutsche Bauunternehmen vor osteuropäischer Billigkonkurrenz zu schützen. Nun werde es angewendet, um „einen deutschen Monopolisten vor deutscher Konkurrenz zu schützen“. Es sei zudem ein einmaliger Vorgang, dass der Gesetzgeber seine Macht nutze, damit der Staat als Anteilseigner der Post vom Mindestlohn für Briefträger finanziell profitiere.

Kostet der Mindestlohn Arbeitsplätze?

Die Redner aller anderen Parteien vollzogen zumindest in einem Punkt den ganz engen Schulterschluss: Sie rechtfertigten den Post-Mindestlohn damit, dass Wettbewerb in einer Branche nicht über die Lohnhöhe, sondern durch die Art des Angebots ausgetragen werden solle. Da waren sich Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD), der CDU-Politiker Ralf Brauksiepe, die SPD-Politikerin Andrea Nahles, Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine und die Grüne Brigitte Pothmer einig. Auch das kam bisher nicht oft vor.

Scholz wies den Vorwurf zurück, Mindestlöhne kosteten Arbeitsplätze. Das sei „professoraler Unsinn“. Dies zeige der Blick in die Länder, in denen es Mindestlöhne gebe. Brauksiepe sagte, die Union lasse sich von Drohungen nicht einschüchtern: nicht von der Drohung der Post, dass Jobs verloren gingen, wenn der Mindestlohn nicht komme. Und nicht von der Drohung ihrer Konkurrenten, dass dasselbe passiere, wenn der Mindestlohn komme. Die grüne Arbeitsmarktexpertin Pothmer verwies darauf, dass die Menschen, die am dringendsten Mindestlöhne bräuchten, kaum eine Chance darauf hätten. Denn in ihren Branchen gebe es kaum Tarifverträge, die allgemeinverbindlich erklärt werden könnten.

SPD-Parteivize Nahles kündigte an, dass ihre Partei das Thema Mindestlohn auf der Tagesordnung halten werde. Die Entsorgungsbranche, die Zeitarbeit und das Wach- und Sicherheitsgewerbe bräuchten ebenfalls einen Mindestlohn. CDU-Mann Brauksiepe sagte, tarifliche Mindestlöhne für weitere Branchen seien zwar denkbar. Sie müssten sich aber bis zum 31. März bei der Bundesregierung melden. Dann werde es ein einziges Gesetz geben und nicht mehr. Damit hofft die Union, das Thema zu beenden.

Anzeige



PROKON GENUSSRECHTE!

Windkraft und biogene Kraftstoffe: 8% Zinsen p.a. mit den Energiequellen unserer Zukunft.

[Mehr Informationen»](#)

Anzeige



Prokon Genussrechte!

Bis zu 10% Zinsen p.a. Investieren Sie mit dem Marktführer PROKON in Erneuerbare Energien.



American Express Gold

American Express Gold Card: Eine der exklusivsten Kreditkarten jetzt beitragsfrei im 1. Jahr!



Geld für Online-Umfragen

Geben Sie Ihre Meinung zu spannenden Themen ab und verdienen Sie Geld damit.